



GZ.: BMI-LR1424/0019-III/1/a/2008

Wien, am 17. April 2008

An das

Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1017 W I E N

Rita Ranftl
BMI - III/1 (Abteilung III/1)
Herrengasse 7, 1014 Wien
Tel.: +43 (01) 531262046
Pers. E-Mail: Rita.Ranftl@bmi.gv.at
Org.-E-Mail: BMI-III-1@bmi.gv.at
WWW.BMI.GV.AT
DVR: 0000051
Antwortschreiben bitte unter Anführung der GZ an
die Org.-E-Mail-Adresse.

Betreff: Legistik und Recht; Fremdlegistik; BG-BMGFJ
Entwurf eines Bundesgesetzes über die berufsmäßige Ausübung der Musiktherapie
(Musiktherapiegesetz - MuthG);
Stellungnahme des Bundesministeriums für Inneres

In der Anlage wird zu dem im Betreff bezeichneten Entwurf die Stellungnahme des
Bundesministeriums für Inneres übermittelt.

Beilage

Für den Bundesminister:

Mag. Sabine Halbauer

elektronisch gefertigt

GZ.: BMI-LR1424/0019-III/1/a/2008

Wien, am 17. April 2008

An das

Bundesministerium für Gesundheit,
Familie und Jugend
Abt. I/B/7

Radetzkystraße 2
1031 W I E N

Zu Zl. BMGFJ-93500/0076-I/B/7/2008

Rita Ranftl
BMI - III/1 (Abteilung III/1)
Herrengasse 7, 1014 Wien
Tel.: +43 (01) 531262046
Pers. E-Mail: Rita.Ranftl@bmi.gv.at
Org.-E-Mail: BMI-III-1@bmi.gv.at
WWW.BMI.GV.AT
DVR: 0000051
Antwortschreiben bitte unter Anführung der GZ an
die Org.-E-Mail-Adresse.

Betreff: Legistik und Recht; Fremdlegistik; BG-BMGFJ
Entwurf eines Bundesgesetzes über die berufsmäßige Ausübung der Musiktherapie
(Musiktherapiegesetz - MuthG);
Stellungnahme des Bundesministeriums für Inneres

Aus der Sicht des Bundesministeriums für Inneres ergeben sich zu dem im Betreff
bezeichneten Entwurf folgende Bemerkungen:

In § 14 Abs. 2 erster Satz MuthG wird vorgeschlagen, den Klammerausdruck
„(Drittstaatsangehörige)“ entfallen zu lassen, da Schweizer Staatsangehörige als
Nichtmitglied des EWR ebenfalls Drittstaatsangehörige sind, aber eine fremdenrechtliche
Sonderstellung genießen.

In § 14 Abs. 2 Z 1 MuthG sollte zu Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG), BGBl. I
Nr. 100/2005 die Wortfolge „in der jeweils geltenden Fassung“ hinzugefügt werden.

In der vorliegenden Fassung fehlt einerseits der Verweis auf Inhaber eines Aufenthaltstitels
„Daueraufenthalt – Familienangehöriger“ gemäß § 48 NAG und andererseits auf die nach
Rechtslagen vor dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) ausgestellten
Aufenthaltstitel, die dem zuvor genannten Aufenthaltstitel bzw. dem Aufenthaltstitel
„Daueraufenthalt – EG“ gemäß § 81 Abs. 2 NAG gleichzustellen sind.

In § 20 Abs. 2 MuthG wäre nach Ausländerbeschäftigungsgesetzes, BGBl. Nr. 218/1975 die Wortfolge „in der jeweils geltenden Fassung“ hinzuzufügen.

Gleichzeitig wird dem Präsidium des Nationalrates die Stellungnahme in elektronischer Form übermittelt.

Für den Bundesminister:

Mag. Sabine Halbauer

elektronisch gefertigt